

## Neun Länder, neun Rechnungshöfe

Die Tabelle zeigt die personelle und finanzielle Ausstattung der Landesrechnungshöfe in den Bundesländern sowie die jeweilige Gehaltsregelung für die Chef- oder den Chef. Manche Direktoren sind hier prozentuell abhängig von der Höhe eines Nationalratsmandats (aktuell 8930 Euro). Andere sind im Beamtschema und verdienen je nach Dienstjahren und Zulagen – etwa in Tirol, aber auch beim städtischen Kontrollamt. Beim Personalstand gibt es unterschiedliche Kennzahlen – nach Köpfen und nach Vollzeitäquivalenten. Wobei der jeweilige LRH-Direktor hier beim Personalstand hinzugerechnet wurde. Die Daten stammen aus den aktuellen Tätigkeitsberichten bzw. wurden telefonisch bei den Rechnungshöfen eingeholt.

Wunsch nach mehr Personal. „Es gibt Prüfaufträge des Landtags an den Landesrechnungshof, die inzwischen seit mehr als drei Jahren nicht abgeschlossen sind. Das ist ein klares Zeichen, dass der Rechnungshof zu wenig Personal hat“, sagt SPÖ-Abg. Max Maurer.

Bei den Neos heißt es, man könne die Personalwünsche des Rechnungshofs nachvollziehen und hoffe auf eine Einigung. Die ÖVP sagt nun, man sei durchaus geschäftsbereit. Die Landesregierung lege aber im Sinne einer sparsamen und effizienten Verwaltung höchsten Wert auf Personaldisziplin. Schließlich sei das ja auch immer eine zentrale Forderung des Rechnungshofs. Wenn die Anliegen „objektiv und sachlich“ begründet seien, werde man sich die Personalausstattung ansehen.

# „Wohnungsnot gibt's nicht mehr“

Es gebe nicht zu wenig Wohnungen, sondern eine falsche Verteilung.

HEIDI HUBER

**SALZBURG.** Politisch ist das Thema Wohnen seit Jahren heiß diskutiert. Auch bei den gemeinnützigen Wohnbauträgern. Christian Struber ist Chef der Salzburg Wohnbau und Obmann der Arge Eigenheim. „Eine Wohnungsnot im klassischen Sinn gibt es nicht mehr“, sagt Struber. Die habe man in den 1990er-Jahren erlebt, als tatsächlich zu wenig Wohnungen vorhanden und am Markt gewesen seien. Doch das sei längst nicht mehr der Fall.

„Wir stellen heute fest, welchen Anspruch und welchen Qualitätswechsel wir erleben.“ So mache man derzeit die Erfahrung, dass Wohnungen von Mietern reihenweise abgelehnt würden, weil ein Kratzer am Boden sei oder ein Kabel herunterhänge. Andere Mieter würden nach 30 Jahren gern von einer Zweizimmerwohnung in eine neue Dreizimmerwohnung. „Aber das ist keine Wohnungsnot. Die wollen einfach eine andere Qualität beim Wohnen. Aber

dass ein Mensch so dringend eine Wohnung benötigt, dass er ansonsten auf der Straße stehen würde, das gibt es nicht mehr.“

Das aktuelle wohnungspolitische Problem umreißt Struber so: „Wir haben die falschen Leute in den falschen Wohnungen. Wir müssen die richtigen Leute in die



„Es leben die falschen Leute in den falschen Wohnungen.“

Christian Struber, Sbg Wohnbau

richtigen Wohnungen bringen.“ Soll heißen: Jene Mieter mit den absolut niedrigsten Einkommen müssten in jenen Wohnungen mit den absolut niedrigsten Mieten leben. Und die findet man in allen ausfinanzierten Objekten der Gemeinnützigen. Dort sinkt die Miete auf 1,80 Euro/m².

Struber spricht daher von einem „Mietermanagement“, das man dringend angehen müsse. Denn: „Wohnen soll nie mehr als 30 Prozent vom Einkommen verschlingen. Das müssen wir zusammenbringen. Sonst entsteht

tatsächlich wieder eine neue Wohnungsnot.“ Aktuell benötigen viele Salzburger Wohnbeihilfe, weil sie sich die Miete nicht leisten können. Das Land gibt mittlerweile 30 Millionen Euro pro Jahr für die Wohnbeihilfe aus – Tendenz stark steigend.

Wenn ausfinanzierte Wohnungen mit einer Nettomiete unter drei Euro also frei würden, müsse man sich viel stärker darum kümmern, die Leute mit den niedrigsten Einkommen dort unterzubringen, meint Struber. Damit das gelinge, müsse man aber auch die „Eintrittsrechte“ von Verwandten in Mietverträgen ändern. All das hängt freilich an einem neuen Mietrecht auf Bundesebene.

Der grüne Wohnbausprecher Josef Scheinast spricht sehr wohl noch von einer Wohnungsnot in Salzburg. Alles andere sei absurd. „Solange es Leute gibt, die sogar bis zu zwei Dritteln ihres Einkommens fürs Wohnen ausgeben, solange haben wir nun mal eine Wohnungsnot. Solange es notwendig ist, dass Mieter sozial mit der Wohnbeihilfe unterstützt werden, solange gibt es auch eine Wohnungsnot.“

## Stadtparteien müssen künftig online offenlegen

**SALZBURG.** Die Neos in der Stadt Salzburg beantragen nach der Ibiza-Affäre, sämtliche Ein- und Ausgaben der Gemeinderatsklubs künftig auf der Homepage der Stadt zu veröffentlichen. Nun liegt ein solcher Amtsbericht vor. Eine zusätzliche Überprüfung der Verwendung der Gelder durch zwei Wirtschaftsprüfer erscheine aber unverhältnismäßig, heißt es. Die Verwendung der Fraktionsförderung wird jährlich vom Kontrollamt geprüft. Die Bürgerliste hat die Berichte stets online gestellt und begrüßt nun die Veröffentlichung seitens der Stadt.

## OHNE PROTOKOLL

### Einer denkt schon an das Silvesterfeuerwerk

**SALZBURG-STADT.** In nicht einmal sechs Monaten ist der Jahreswechsel und das damit verbundene Silvesterfeuerwerk schon wieder vorbei. Bürgerlisten-Gemeinderat Bernhard Carl will daher jetzt von Bürgermeister Harald Preuner wissen, was er Silvester vorhat. Preuner hatte angekündigt, die private Knallerei zu verbieten. Carl will wissen, ob Preuner dabei bleibt – und wenn ja, wie er gedenkt, das Ganze umzusetzen. „Welche Maßnahmen sind geplant, um das Feuerwerksverbot zu überwachen?“ Nach Paris, Mailand und Hannover habe zuletzt auch München ein Bül-



Bernhard Carl will wissen, was für den 31. Dezember geplant ist. BILD: SIBISTEFANE SCHENKER

lterverbot im Stadtzentrum beschlossen. Jetzt sei es an der Zeit, in Salzburg klare Verhältnisse zu schaffen, sagt Carl. Preuner sagte am Sonntag, er werde die Ausnahmegenehmigung für privates Feuerwerk nicht mehr erteilen und an die Bevölkerung appellieren, das auch zu beachten. „Damit's ein bisschen ruhiger wird.“ Das große Feuerwerk auf der Festung bleibe bis auf Weiteres. **hei**